

Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte = Revue d'histoire ecclésiastique suisse
Herausgeber: Vereinigung für Schweizerische Kirchengeschichte
Band: 75 (1981)

Artikel: Der Untergang des Fürstbistums Basel (1792-1815) : der Kampf der beiden letzten Fürstbischöfe Joseph Sigismund von Roggenbach und Franz Xaver von Neveu gegen die Säkularisation
Autor: Jorio, Marco
Kapitel: 1: Das herrenlose Land
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-130042>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VI. ENTTÄUSCHTE HOFFNUNGEN (1813–1815)

1. *Das herrenlose Land*

Neveu fordert die weltliche Herrschaft zurück

Die Völkerschlacht bei Leipzig vom 16. bis 19. Oktober 1813 und der rasche alliierte Vorstoß an den Rhein brachten die Herrschaft Napoleons ins Wanken. Am 15. November 1813 versammelte sich in Zürich die außerordentliche Tagsatzung unter dem Vorsitz von Landammann Reinhard und erklärte die Neutralität der Schweiz. Unter Mißachtung des eidgenössischen Territoriums überschritten am 21. Dezember 1813 die verbündeten Armeen unter Feldmarschall Schwarzenberg den Rhein und stießen über den Schweizer Jura auf das Plateau von Langres vor. Innert wenigen Tagen waren die Arrondissements Pruntrut und Delsberg von den Verbündeten besetzt. Die französischen Beamten verließen fluchtartig das Land¹.

Aufmerksam hatten Neveu und Schumacher von ihrem Offenburger Exil aus den sich anbahnenden Sturz der französischen Hegemonie verfolgt. Am 18. Dezember eilte der Fürstbischof nach Freiburg i. Br., wo Kaiser Franz, Zar Alexander und König Friedrich Wilhelm zu Beratungen zusammengetroffen waren². Er sprach bei allen drei Monarchen vor und versuchte, sie für die Wiederherstellung des Fürstbistums und der Diözese Basel, sowie für eine rasche Lösung der Pensionsfragen zu gewinnen. Mehr als vage Versprechen konnte Neveu aber nicht erreichen.

Während Neveus Aufenthalt in Freiburg entwarf Schumacher in aller Eile die Grundzüge der künftigen Restitutionspolitik³. Dabei griff er auf die Argumente des Fürstbischofs vor dem Reichsdeputationshauptschluß zurück.

Mit Hilfe Österreichs und der VII katholischen Orte sollte das Hochstift in seinen alten Grenzen wieder erstehen und als selbständiger Kanton der

¹ Zur Lage der Schweiz Ende 1813: BIAUDET, Handbuch, 873–879 (mit weiterführender Literatur). Zur Besetzung des Fürstbistums: ELSÄSSER, 41–81. BiASO 1, 28.12.1813, 4.1.1814.

² Zum Aufenthalt der Monarchen in Freiburg i. Br.: ANDLAU, 31–38. BiASO 1, 20.12.1813 (Eingabe Neveus an Kaiser Franz I.).

³ BiASO 1: «Ohnmaßgebliche Anmerkungen für denjenigen Herrn, den des H. Fürstbischofes zu Basel Hochfürstliche Gnaden beauftragen werden, Ihr Interesse bey einem künftigen Friedenskongreß zu negociren.»

Schweiz angeschlossen werden. Die Eidgenossenschaft sollte überzeugt werden, daß das Fürstbistum genügend stark sein würde, um die schweizerische Nordwest-Grenze gegen Frankreich zu sichern.

In der Euphorie der Stunde wurden verschiedene phantastische Pläne für die Zukunft geschmiedet. Neveu und Schumacher entwarfen auch ein Projekt, wonach der ehemals bernische Aargau und der protestantische Süden des Fürstbistums an Bern fallen und das Fricktal mit dem katholischen Norden des Hochstifts zu einem neuen Kanton mit Rheinfelden als Hauptstadt vereinigt werden sollte¹!

Nach seiner Rückkehr aus Freiburg anfangs Januar 1814 begann Neveu, angetrieben durch seinen Sekretär Schumacher, mit einer hektischen diplomatischen Tätigkeit. Über den österreichischen Gesandten in Zürich, Ritter v. Lebzeltern, gelangte er an die XIII alten Orte. Er unterstrich den schweizerischen Charakter des Fürstbistums und erinnerte sie an die Erklärung der verbündeten Monarchen, welche die Unabhängigkeit und den alten Besitzstand der Schweiz garantierte. Da der südliche, helvetische Teil des Hochstifts nie rechtens an Frankreich abgetreten worden sei, betrachtete er sich nach wie vor als legitimen, schweizerischen Souverän und meldete seine Teilnahme an den eidgenössischen Verfassungsverhandlungen an².

Am 12. März 1814 veröffentlichte Neveu eine vierseitige Denkschrift zu Handen der verbündeten Monarchen, worin er alle Gründe zusammenfaßte, die für eine Wiederherstellung seines Hochstifts sprachen³. Die Bittschrift ging an die europäischen Höfe, an einflußreiche Minister, an den Hl. Stuhl und die VII katholischen Orte.

Die Reaktionen auf Neveus Vorstöße waren wenig ermutigend. Die Regierungen der katholischen Kantone antworteten ihrem «lieben und getreuen alten Bundes-Genossen» höflich, aber ausweichend. Nur Freiburg versprach, an der Tagsatzung in Zürich mit allen Mitteln die Wiederher-

¹ BiASO 1, 26.1.1814.

² QUIQUEREZ, Réunion, 33. BiASO 1, 14.2.1814.

³ BiASO 1: «An die für Deutschlands- und Europens-Befreyung verbündete Allerhöchste kaiserliche und königliche Majestäten unterthänigstes Bitten des Fürst-Bischofes zu Basel.» Das Original der Bittschrift ist deutsch, die französische Übersetzung wurde erst später auf Veranlassung Andlaus am 3. August 1814 von Schepelin angefertigt und ohne Einwilligung Neveus gedruckt. Schumacher beurteilte sie als unexakt. Abgedruckt in: ABSCHIED, Bd. 2, Beilage, Litt X, 1–4. Eine spätere, dem deutschen Original näherkommende Übersetzung bei FOLLETÈTE, Origines, 19–25 und Teilabdruck bei QUIQUEREZ, Réunion, 25–27. Zur Beurteilung der Denkschrift s. ELSÄSSER, 74; BEUCHAT, 15–17; BESSIRE, 233; MARTIN, 304; CHAIGNAT, 13.

stellung des Hochstifts zu betreiben. Die Solothurner gaben dagegen umwunden zu, daß «mit gebührender Rüksicht andere für uns bindende Verhältnisse» im Vordergrund stünden¹.

Die Vertreter der verbündeten Mächte betonten die großen Schwierigkeiten, die mit einer raschen Restitution verknüpft seien, und wiesen Neveu an den bevorstehenden Friedenskongreß. Am meisten enttäuschte den Fürstbischof die Haltung des neuen österreichischen Gesandten in Zürich, Freiherrn v. Schraut, der den Wunsch Neveus kurzerhand als außerhalb seiner Möglichkeiten liegend bezeichnete und auf weitere Schreiben Neveus nicht einmal mehr antwortete².

Selbst aus dem Domkapitel und der Luzerner Nuntiatur wurden kritische Stimmen laut. Domherr Ligerz verwies auf Informationen aus dem alliierten Hauptquartier in Vesoul, wonach die Restitutionsbemühungen von vornehmerein nutzlos seien, da die Mächte keine geistlichen Staaten zulassen wollten³. Nuntius Testaferrata seinerseits warnte Neveu schon im Februar 1814 vor übertriebenen Hoffnungen⁴.

Die Errichtung des Generalgouvernements Andlau

In Basel beschlossen die Minister der Alliierten am 15. Januar 1814, die Verwaltung der besetzten französischen Gebiete dem seit drei Monaten bestehenden Zentraldepartement des Freiherrn vom Stein zu übertragen. Wie in Deutschland verteilten die drei Mächte die neuen Generalgouvernements unter sich. Österreich erhielt die Gebiete hinter der Hauptarmee Schwarzenbergs. Für das burgundische Gouvernement – umfassend die Freigrafschaft, das Département des Vosges und das «Fürstentum Pruntrutt» – schlug Metternich seinen Vetter und fürstbischöflichen Ex-Vogt, Konrad Karl Friedrich v. Andlau, vor⁵.

¹ BiASO 1, Antworten von Luzern (4.4.), Freiburg (5.4.), Solothurn (5.4.), Obwalden (5.4.), Uri (18.4.), Zug (25.4.) und Schwyz (Anf. April).

² BiASO 1, Antworten Du Vergers (21.3., 6.4.), Zeppelins (21.4.), Capo d'Istrias ($\frac{6}{18}$.4.), Schrauts (13.4.), Castelereaghs (3.5.).

³ BiASO 1, Antwort Ligerz' (4.4.).

⁴ BiASO 1, Nuntius an Neveu, Luzern 2.2.1814: «Quelques propos, que j'ai cependant entendus là-dessus, me portent à croire, que le nouvel ordre des choses n'admettra pas cet article de l'ancienne Constitution.» Im weiteren ebd. 10.4. und BiASO 2, 13.7.

⁵ KIELMANNSEGG, 99–101. Der Begriff «Principauté de Porrentruy» war unklar und gab zu Streitigkeiten Anlaß. Während die Alliierten das ganze frühere Fürstbistum (einschließlich Biel) darunter verstanden, wollte die Tagsatzung das Für-

Mit einer Proklamation an die Bewohner seines Generalgouvernements nahm Andlau am 27. Januar 1814 in Vesoul seine Tätigkeit auf¹. Er ernannte den Neffen des Fürstbischofs, Joseph v. Neveu, zu seinem Sekretär und seinen Schwager Konrad v. Billieux zum Kommissar für das Gebiet des ehemaligen Hochstifts.

Fürstbischof Neveu war erfreut über die Errichtung des Generalgouvernements, die wieder Männer aus der alten Führungsschicht des Fürstbistums an die Macht brachte. Er hoffte, daß dadurch seine Rückkehr vereinfacht würde. Sogleich nahm er mit Andlau Verbindung auf und bat ihn, sich bei den Verbündeten für ihn einzusetzen². In seinem Neffen hatte er einen zuverlässigen Informanten, der ihn laufend mit den neuesten Meldungen aus dem Generalgouvernement und dem alliierten Hauptquartier in Vesoul belieferte.

Zur großen Enttäuschung des Fürstbischofs und Schumachers meldete Joseph v. Neveu schon im März, daß die Mächte keine geistlichen Staaten mehr errichten wollten³. Das Fürstbistum werde wegen seiner strategisch wichtigen Lage von Frankreich getrennt und der Schweiz, bzw. dem Kanton Bern einverleibt. Nach Meinung der Minister sei nur Bern mächtig genug, um die für die Schweiz und die Alliierten wichtige Grenze gegen Frankreich zu verteidigen. Mit dem Anschluß des Fürstbistums könne zudem die Aarerepublik für ihre großen Verluste im Aargau und in der Waadt entschädigt werden. Tröstlich war für den Fürstbischof einzig die Nachricht, daß die Diözese Basel nicht untergehen werde und von Bern und Solothurn neu fundiert werden würde.

Der erste Pariser Friede

Am 31. März zogen die verbündeten Truppen in Paris ein. Napoleon dankte ab, und am 3. Mai hielt Ludwig XVIII. unter dem Schutz der alliierten Bajonette seinen Einzug in Paris.

stentum nur auf den ehemaligen Reichsteil beschränken. Frankreich verwendete den Begriff sowohl für den Reichsteil als auch für die Umgebung von Pruntrut, d. h. die Ajoie.

¹ Abgedruckt bei FOLLETÈTE, Origines, 16/17.

² BiASO 1, 18.2.1814.

³ BiASO 1, Briefe Joseph v. Neveus an den Fürstbischof, Vesoul 9. und 18.3. 1814: aus diesen Briefen geht hervor, daß das Schicksal des Fürstbistums im März 1814 von den Mächten bereits entschieden war. Die weit verbreitete These, daß der Jura erst durch Talleyrands Einsatz auf dem Wiener Kongreß an Bern kam, kann nicht weiter aufrechterhalten werden (so z. B. WAEBER, 239; CHAIGNAT, 67).

Fürstbischof Neveu begrüßte begeistert den Machtwechsel¹. Die legitimistische Grundlage der Bourbonenherrschaft ließ den neuen französischen König als seinen natürlichen Verbündeten erscheinen. Mit Hinweis auf die jahrhundertealten Beziehungen zwischen den Basler Fürstbischoßen und dem Hause Bourbon verlangte er von Ludwig XVIII. sogleich die Rückgabe seiner von Frankreich usurpierten Länder. Joseph v. Neveu, der inzwischen in die Kanzlei Metternichs gewechselt hatte, gelang es, zum Bruder des Königs vorzustoßen und ihm die politischen Ziele seines Onkels zu erläutern².

Als Anfang Juni Staatskanzler Metternich Joseph v. Neveu nach Wien schickte, ernannte der Fürstbischof den Sekretär und Verwandten des früheren Erzbischofs von Reims, Abbé Breloque, zu seinem «Ministre accrédité» beim französischen Hof. Dank der Vermittlung des Erzbischofs wurde Breloque zum König vorgelassen und überreichte ihm persönlich die Bittschrift Neveus vom 12. März³.

Am 30. Mai 1814 schloß das besiegte Frankreich mit den verbündeten Mächten in Paris Frieden. Frankreich wurde in seinen Grenzen vom 1. Januar 1792 wiederhergestellt. Die Verwaltung der altfranzösischen Gebiete fiel an Frankreich zurück. Die alliierten Generalgouvernements wurden aufgelöst.

Am gleichen 30. Mai unterzeichneten die Mächte eine Konvention, in der sie die nicht an Frankreich zurückgegebenen Gebiete einer Macht zur Verwaltung im Namen der Verbündeten übertrugen⁴. Für das Fürstbistum Basel wurde bis zum endgültigen Entscheid auf dem Wiener Friedenskongreß Österreich zuständig. Graf v. Stadion und Metternich beauftragten Andlau, die Administration des früheren Fürstbistums weiterzuführen und nur die Freigrafschaft, das Département des Vosges und die frühere Grafschaft Mömpelgard den französischen Behörden zu übergeben.

Am 8. Juni zog Andlau in Pruntrut ein und zeigte am folgenden Tag

¹ BiASO 1, Glückwünsche Neveus an den Comte d'Artois (14.4.) und Ludwig XVIII. (18.4.).

² BiASO 1, 23.4., 30.4., 3.5., 12.5., 27.5., 2.6.1814 (Briefwechsel Joseph v. Neveus mit seinem Onkel).

³ Breloque war vor der Revolution Seminardirektor in Besançon. Er emigrierte nach Freiburg i. Ü. und sammelte 1794 im Auftrag des Bischofs von Lausanne Geld für die notleidenden, französischen Priester in Freiburg (AAEB, RR 57, 1159). Als Administrator der Diözesen Besançon und Belley ernannte ihn Neveu zu seinem Generalvikar. BiASO 1, 1.7.1814.

⁴ KIELMANNSEGG, 101 ff.

von seiner Residenz in Arlesheim aus dem Fürstbischof den Beginn seiner Tätigkeit im Fürstentum Pruntrut an. Er bestätigte Neveu, daß in Deutschland die säkularisierten Staaten nicht mehr erstehen würden. Trotzdem ermunterte er ihn, die Wiederherstellung des Fürstbistums mit voller Kraft weiter zu verfolgen, da das Hochstift nicht mehr zu Deutschland gehöre und als europäischer Sonderfall Chancen habe, restituiert zu werden, zumal der Papst und der französische König ihn in seinen Bestrebungen unterstützten¹.

Andlaus erste Sorge galt der Rettung des Landes vor dem Zugriff Frankreichs. Im Artikel 3 des Pariser Friedens wurde das Fürstbistum im Gegensatz zum benachbarten Montbéliard nicht genannt. Die Behörden des Departements Oberrhein verlangten von Andlau die sofortige Rückgabe der Arrondissements Delsberg und Pruntrut als frühere Reichsenklave, die gemäß Friedensvertrag alle bei Frankreich bleiben sollten². Der Präfekt in Colmar sandte Major Delort nach Pruntrut, um die Zivilgewalt wieder zu übernehmen, und setzte zu seiner Unterstützung französische Truppen in Marsch. Andlau wies die französischen Ansprüche im Namen der Alliierten energisch zurück, da das Fürstbistum zwischen der Schweiz und Frankreich gelegen sei und somit nie eine Enklave in Frankreich gewesen sei. In einer Blitzaktion ließ er mit eilends herbeigerufenen österreichischen Truppen Pruntrut besetzen.

Die Lage klärte sich erst, als Franz I. auf seiner Durchreise in Vesoul dem Generalgouverneur und einer Deputation aus dem Fürstbistum mitteilte, daß das Land wahrscheinlich von Frankreich gelöst worden sei. Auf Befehl des Kaisers sandte Andlau Melchior Delfils nach Paris zu Graf Stadion, der den genauen Sachverhalt abklärte und schließlich die Trennung des Landes von Frankreich bestätigte³.

¹ BiASO 2, 9.6.1814. – In den Monaten April und Mai scheint im alliierten Hauptquartier ein Gesinnungswandel in der Frage des Fürstbistums stattgefunden zu haben. Bereits am 30. April meldete Joseph v. Neveu plötzlich gestiegene Chancen für die Rückkehr des Fürstbischofs nach Pruntrut. Kaiser Franz II. selber versicherte der jurassischen Deputation in Vesoul anfangs Juni, daß Neveu in Wien Chancen habe, seine Ziele zu erreichen (BiASO 2, 9.6., 10.6.1814; GUÉLAT II, 48).

² Art. 3 lautet: «Du côté de la Belgique, de l'Allemagne et de l'Italie l'ancienne frontière ainsi qu'elle existait le 1^{er} janvier de l'année 1792 (...) la France renonce à tous droits de souvaineté. Les Cours alliées assurent à la France la possession de la Principauté d'Avignon, du Comtat Venaissin, du Comté de Montbéliard et de toutes les enclaves qui ont appartenu autrefois à l'Allemagne, comprises dans la frontière ci-dessus indiquée, qu'elles aient été incorporées à la France avant ou après le 1^{er} janvier 1792» (zit. nach FOLLETÈTE, Origines, 92).

³ Schilderung der Ereignisse im Juni: BAr, Abschriften Wien, Rolle 4, Bericht

Die Kapitelssitzung in Offenburg und die Mission Wangens

Mit der Wiedererrichtung des Fürstbistums als staatliche Einheit unter dem Schutz der Verbündeten glaubte Neveu, seinem Ziele nähergerückt zu sein. Am 20. Juni berief er die Domherren zum erstenmal seit elf Jahren zu einer Kapitelssitzung nach Offenburg. Es stand ein einziges Traktandum auf der Tagesordnung: Mittel und Wege zu finden, wie die alten landesherrlichen Rechte wiederhergestellt werden könnten¹.

Vom 16. bis 20. Juli tagten die fünf Domherren Ligerz, Reibelt, Wangen, Maler und Rotberg unter dem Vorsitz des Fürstbischofs. Schumacher übernahm die Funktion des Kapitelssyndikus. Die Domherren Reinach, Blarer und Andlau ließen sich wegen hohen Alters und Krankheit, Wessenberg wegen seiner Pflichten als sächsischer Prinzen-erzieher vertreten.

Das Domkapitel teilte den Optimismus Neveus und Schumachers nicht. Sein Interesse galt den ungelösten Pensionsfragen. Erst auf Drängen des Fürstbischofs beschloß das Kapitel, Konrad v. Billieux und Domherrn v. Wangen nach Paris zu entsenden und die Interessen des Hochstifts auf dem Wiener Kongreß vertreten zu lassen. Das Schwer-gewicht der fürstbischöflichen Restitutionsbemühungen sollte in Frank-reich liegen, da die Domherren glaubten, der Hauptentscheid falle in Paris.

Die Mission Billieux' und Wangens nach Paris verzögerte sich. Andlau befand sich auf einer Inspektionsreise durch das Generalgouvernement und konnte Billieux, der ihn begleitete, nicht entbehren. Ungeduldig wartete Neveu auf die Abreise der beiden vom Kapitel bezeichneten Gesandten. Nur mit Mühe konnte er von den Domherren daran gehindert werden, selber nach Arlesheim zu reisen und die Mission zu beschleunigen.

Brauns vom 30.9.1815; BiASO 1, 31.5., 2.6., 6.6., 15.6., 17.6., 26.6.1814. GUÉLAT II, 48–52; BARGETON, 91–95. Vgl. im weiteren die Antwort Metternichs an Andlau, Paris 11.6.1814 (HHStA, Kleinere Betreffe 2): «Wenn der von E. sehr richtig verstandene Artikel des Traktates über diesen Gegenstand nicht bestimmter spricht, so ist es eine Folge des Stillschweigens, welches darüber während den Verhandlungen beobachtet worden war, um die französischen Bevollmächtigten nicht auf diesen Punkt der Grenze aufmerksam zu machen und ihn nicht zu einer Discussion zu bringen, welche die Erhaltung des Fürstenthums Brundrut zur Disposition der verbündeten Mächte gefährdet haben würde.»

¹ BiASO, Domkapitel: Einladungen an alle Domherren vom 20.6., Entschuldigungsschreiben und Protokolle der Kapitelssitzung (16.–20.7.1814).

Die Reiseabsichten des Fürstbischofs waren bereits an die Öffentlichkeit gedrungen und hatten großes Aufsehen erregt¹.

Andlau verbot schließlich Billieux, seinen Posten in Pruntrut zu verlassen. Domherr Wangen reiste im August allein nach Paris. Während über vier Monaten versuchte er, den französischen König und die Regierung für die Wiederherstellung des Fürstbistums und die Bildung eines Schweizer Kantons nach dem Vorbild Neuenburgs zu gewinnen².

Obwohl er die Unterstützung des Erzbischofs von Reims, des bayerischen Gesandten Du Verger und des badischen Gesandten v. Pfirt hatte, stand Wangen auf verlorenem Posten. Der Stellvertreter Talleyrands, Comte de Jaucourt, verhehlte ihm nicht, daß die Entscheidungen in Wien und nicht in Paris gefällt würden und daher sein Aufenthalt in Frankreich nutzlos sei³.

Entmutigt bat Wangen den Fürstbischof mehrfach um seine Abberufung. Am 10. Januar 1815 rief ihn Neveu endlich zurück. Er beurteilte die Mission selber als Mißerfolg⁴.

2. Neveu und der Meinungskampf im Fürstbistum

Die Ausschaltung der Opposition im Norden

Joseph v. Neveu hatte seinem Onkel aus Paris gemeldet, daß am Friedenskongreß die Stimme der Völker berücksichtigt würde. Der Fürstbischof hielt es daher für seine Pflicht, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Mit Leuten aus allen Bevölkerungsschichten stand er seit dem

¹ BiASO 2, 23.8., 25.8., 27.8.1814.

² Die Korrespondenz Neveu-Wangen in BiASO 2 und 3.

³ BiASO 2, 30.9. (Ferrette an Neveu), 14.10.1814 (Wangen an Neveu).

⁴ Die Interventionen Wangens gingen nicht spurlos an der französischen Diplomatie vorbei. Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Ludwig XVIII. und Talleyrand (PALLAIN, 116/17, 152/53). Ludwig XVIII. an Talleyrand, Paris 15.11.1814: «... je répugne encore plus à dépouiller autrui et après tout, les droits du prince-évêque de Bâle, moins importants sans doute au repos de l'Europe, ne sont moins sacrés qu'ceux du Roi de Saxe. Si cependant la spoliation du premier de ces princes est inévitable, mû par la (...) considération de (...) rendre un grand service au canton de Berne, je consentirai à l'échange». Talleyrands Antwort vom 30.11.1814 beendete in Paris die Diskussionen über eine mögliche Restitution Neveus: «L'ancien prince-évêque de Bâle (...) ne saurait, comme prince, en recouvrer la possession, qu'il a perdue, non par le simple fait de la conquête, mais par la sécularisation générale des Etats ecclésiastiques de l'Allemagne en 1803. Il jouit, comme prince, d'une pension de soixante mille florins, et ne prétend à rien de plus.»